



Deutschland hat Zukunft | Wirtschaftspolitisches Monitoring des Bundeshaushalts

Mittwoch, 04.02.2026, um 14:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Erwartungen der Wirtschaft an den Bundeshaushalt

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem *Deutschland-hat-Zukunft-Kongress*, bei dem wir uns mit dem Bundeshaushalt beschäftigen wollen.

Besonders herzlich begrüße ich die aktiv Beteiligten unserer heutigen Diskussionsrunde:

- den Bundestagsabgeordneten Dennis Rohde von der SPD, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen,
- den Landtagsabgeordneten Manuel Knoll von der CSU, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und Landesvorsitzender der Jungen Union, lieber Manuel,
- sowie Dr. Tobias Hentze, Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung am Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit genommen haben!

[weitere namentliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
befassen wir uns regelmäßig mit den
Weichenstellungen im Bundeshaushalt. Dazu
geben wir wiederkehrend ein umfassendes
Monitoring in Auftrag.

Unser diesjähriges Update beschäftigt sich mit
den einschlägigen Entwicklungen in den Jahren
2014 bis 2025. Herr Dr. Hentze wird Ihnen die
Ergebnisse gleich vorstellen. Natürlich werden wir
heute aber auch auf die aktuellen
Herausforderungen eingehen.

Meine Damen und Herren,

Sie alle kennen die Maxime bayerischer
Haushaltspolitik, die auf unseren ehemaligen
Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zurück
geht.

Sie lautet: Sparen, Reformieren, Investieren.
Dieser Dreiklang wurde zu einer Erfolgsformel.
Heute wollen wir prüfen, inwieweit diese
Grundsätze in der Haushaltspolitik des Bundes
verwirklicht werden.

Beginnen wir mit dem Investieren.

Unter dieser Überschrift gibt es Positives zu berichten. Die Ergebnisse unserer aktuellen Studie zeigen: In den vergangenen zehn Jahren hat die Haushaltspolitik des Bundes Fortschritte gemacht.

Als Bayerische Wirtschaft begrüßen wir insbesondere, dass deutlich mehr Geld für die Verteidigung vorhanden ist. Ebenso erfreulich: Der Bund kann über das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität erheblichen investiven Nachholbedarf abarbeiten.

Auch für andere wichtige Zukunftsaufgaben stehen mehr Mittel zur Verfügung als noch vor zehn Jahren.

Kurzum: Wenn wir auf die Finanzierung der großen Herausforderungen unserer Zeit blicken, hat Deutschland den richtigen Kurs eingeschlagen.

Leider zeigt unsere Studie aber auch, dass die tatsächlichen Investitionsausgaben nicht so stark steigen, wie sie könnten – und sollten. Das Wachstumspotenzial wird nicht ausgeschöpft. Das muss sich ändern!

Ein Aspekt, den wir als vbw immer wieder betonen: Das Geld aus den neuen Schulden darf nicht zweckentfremdet werden!

- Die zusätzlichen Kredite sind nicht dafür gedacht, den Bundeshaushalt zugunsten konsumtiver Ausgaben zu entlasten!
- Diese Mittel müssen ausschließlich in Investitionen und zentrale Zukunftsaufgaben fließen!
- Nur so schaffen wir nachhaltiges Wachstum und erreichen Resilienz!

Damit komme ich zu meinem zweiten Schlagwort, es lautet: Sparen.

Klar ist: Der Bund muss mit den Mitteln auskommen, die er zur Verfügung hat. Dazu muss er seine Aufgaben begrenzen und seine nicht investiven Ausgaben überprüfen. Ohne das bleibt der Haushalt in einer Schieflage.

In den vergangenen Jahren sind die Ausgaben des Bundes stärker gewachsen als die Einnahmen.

Diese Rechnung kann auf Dauer nicht aufgehen! Das tut sie auch nicht: Die Folge mangelnder Konsolidierung bei den konsumtiven Ausgaben sind Finanzierungslücken.

Gleichzeitig brauchen wir einen finanziell handlungsfähigen Staat – um auf Krisen reagieren zu können, aber auch, um die laufenden Transformationsprozesse zu flankieren.

Das Sondervermögen, das wir ausdrücklich begrüßen, birgt in diesem Zusammenhang ein

Risiko: Es mindert die Motivation zum Sparen.

Dazu darf es nicht kommen!

Steigende Zinslasten und der Zuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung werden die Haushaltspolitik in den kommenden Jahren stark unter Druck setzen. Es geht also kein Weg daran vorbei. Wenn wir im Wettbewerb wieder Tempo gewinnen wollen, müssen wir mehr sparen!

Ein Ansatzpunkt ist die Bürokratie, deren Kosten wir relativ einfach mindern könnten.

Denken Sie nur an den riesigen Beamten-Apparat in Berlin: Seit 2013 ist die Zahl der Beamtenstellen in den Bundesministerien um 47 Prozent gestiegen. Das entspricht – sage und schreibe – 7.000 zusätzlichen Stellen. Zwischen 2023 und 2024 hat dieser Personalaufwuchs unser Land drei Milliarden Euro gekostet – über die Folgekosten will ich gar nicht sprechen.

Erfreulicherweise will die Bundesregierung hier aktiv werden und Stellen abbauen. Wir begrüßen

das – es muss aber jetzt auch passieren! Die staatliche Verwaltung muss effizienter arbeiten! Die Digitalisierung bietet dafür Chancen ohne Ende. Nur wenn wir diese Chancen nutzen, werden auch die Investitionen schnell umsetzbar, für die so hohe Kredite aufgenommen werden.

Damit komme ich zur dritten Säule erfolgreicher Haushaltspolitik: Dem Reformieren.

Fakt ist: Ohne zusätzliche Kreditoptionen und Sondervermögen wäre der Bund schon seit Jahren haushaltspolitisch überfordert. Denn die Ausgaben für den Sozialstaat schießen mittlerweile durch die Decke. Die Entwicklung staatlicher Einnahmen kann nicht Schritt halten. Ich habe es gerade schon angesprochen.

Zentrale Schwachstelle der Regierungspolitik ist der bisher fehlende Reformwille bei den sozialen Sicherungssystemen.

Das Münchener ifo Institut hat vor kurzem berechnet, dass allein auf Bundesebene unfassbare 502 Sozialleistungen existieren.

Klar ist: Die ausufernden Sozialleistungen und Steuerzuschüsse rauben unserem Staat Handlungsspielraum – das Geld für Investitionen wird immer knapper.

Deshalb muss die Bundesregierung notwendige Reformen jetzt entschlossen anpacken! Sie darf dabei auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken. Nur dann hat unser Sozialstaat wieder eine Zukunft! Und nur dann gewinnen wir im Haushalt neue Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Politik muss den Bürgerinnen und Bürgern jetzt viel stärker bewusst machen: Reformen sind keine Bedrohung. Reformen sind Chancen! Denn Reformen schaffen Arbeitsplätze und stärken den Wirtschaftsstandort!

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: unser diesjähriges Haushaltsmonitoring offenbart Licht und Schatten.

Wenn wir die Stoiber'sche Erfolgsformel solider Haushaltspolitik anwenden, ergibt sich folgendes Resümee:

- In puncto Investieren ist unser Land gerade auf Kurs. Wir können der Politik hier nur zurufen: Weiter so!
- Wenn es ums Sparen und Reformieren geht, sehen wir als Bayerische Wirtschaft noch viel Luft nach oben. Hier muss unser Land sehr viel schneller werden, und es muss die Weichen klar auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit stellen. Wir haben keine Zeit zu verlieren!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort jetzt an Dr. Hentze.